

Bezugspreis:

Wortführer 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugspreis: monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. ...

Anzeigenpreis:

Die abendspätere Sonntagsausgabe kostet 500 M. Kleinanzeigen ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 1. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Kriegsdrohungen der Kleinen Entente

Belgrad, 1. April. (EE.) Die jugoslawische Regierung hat folgende Beschlüsse gefasst: Die Wiedereinsetzung der Habsburger auf den ungarischen Thron wird von der jugoslawischen Regierung als casus belli betrachtet.

Paris, 1. April. (EE.) Der rumänische Gesandte Prinz Citta sprach gestern im französischen Auswärtigen Amt vor und gab die Erklärung ab, daß die rumänische Regierung entschlossen sei, sich der Wiedereinsetzung König Karls auf den ungarischen Thron zu widersetzen.

Prag, 1. April. (WB.) Zu den Ereignissen in Ungarn erklärte der Minister des Auswärtigen Benes im Abgeordnetenhaus, daß das tschechoslowakische Ministerium des Auswärtigen bereits Montag mit allen verbündeten Mächten in Verbindung getreten sei und der Regierung in Budapest habe erklären lassen, daß, wenn der Erzherzog aus Ungarn nicht augenblicklich verschwindet, die Regierung die für notwendig gehaltenen Maßnahmen treffen müsse.

Die Entente gegen Karl.

Paris, 1. April. (WB.) Der „Lemps“ sagt in seinem gestrigen Leitartikel, Ministerpräsident Briand habe an die fran-

zösischen Vertreter im Auslande ein Rundtelegramm geschickt, in dem die französische Regierung ihren Widerspruch gegen die Wiederzulassung der Habsburger betont.

London, 1. April. (WB.) Die Reuter erfährt, handeln die Alliierten mit Bezug auf das Entweichen des früheren österreichischen Kaisers aus der Schweiz in völligem Einvernehmen. Sie werden sich bemühen, auf Oesterreich dahin einzuwirken, ihm die Durchfahrt nach der Schweiz zu gestatten, da seine Anwesenheit in Ungarn als größte Gefahr angesehen wird.

Paris, 1. April. (EE.) Es ist anzunehmen, daß die Botenkonferenz sich heute mit der ungarischen Frage beschäftigen wird.

Karl's Rückreise beschlossen?

Der ungarische Geschäftsträger hat die österreichische Regierung um Durchreisegenehmigung für die Rückreise des Erzherzogs Karl nach der Schweiz ersucht. Der Geschäftsträger erklärte, die Rückreise werde im Einvernehmen mit der ungarischen und der Schweizer Regierung in der nächsten Zeit unter den entsprechenden Vorkehrungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Budapest, 1. April. (LU.) Der Präsident des Bereins der erwachenden Ungarn, G. Smereczony, hat sein Amt niedergelegt, was großes Aufsehen herbeiführt.

Sylt seinen Verletzungen erlegen.

Berlin, 1. April. (WB.) Amliche Meldung.) Der Obermaschinenführer Wilhelm Sylt ist in der vergangenen Nacht in der Charité einer Schußverletzung erlegen. Die in einigen Blättern wiederholten Behauptungen, daß Sylt keinen Fluchtversuch gemacht habe, widersprechen den ermittelten Tatsachen. Nach der Richtung des Schußkanals und dem Befunde des Ein- und Auswurfes ist es ausgeschlossen, daß das Geschoss aus unmittelbarer Nähe abgefeuert wurde.

Die Elektrizitätsarbeiter nahmen heute morgen in einer Funktionärskonferenz zu der Erziehung Sylts Stellung. Eine Kommission, bestehend aus Betriebsräten und Verbandsangehörigen, begab sich zum Polizeipräsidenten, um um diesem zu verhandeln. Als Ergebnis dieser Verhandlung wurde der Funktionärskonferenz der Vorschlag unterbreitet, eine mehrgliedrige Kommission einzusetzen, in der alle sozialistischen Richtungen gleichmäßig vertreten sind, und die, verstärkt durch eine Abordnung der Berliner Gewerkschaftskommission, sofort die Untersuchung des Falles Sylt unter Hinzuziehung der daran beteiligten Beamten aufnehmen soll.

Von zuständiger Stelle wird uns weiter mitgeteilt, daß sich im Polizeipräsidentium ein Augenzeuge gemeldet hat, der gesehen haben will, wie Sylt dem ihn abführenden Beamten einen Schlag vor den Magen gab, die Flucht ergriff und dann erst von dem Beamten der Schutz abgegeben wurde. Der Augenzeuge hat seine Aussage zu Protokoll gegeben und dabei besonders bemerkt, daß er nicht wußte, daß der Betroffene Sylt war.

Ueber den Erfolg des kommunistischen Versuchs, den unangeführten Tod Sylts zur Wiedereinführung ihrer zusammengebrochenen Bewegung, zunächst zur Veranstaltung eines Elektrizitätsstreiks, auszunutzen, liegen zur Stunde noch keine Nachrichten vor. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß die Elektrizitätsarbeiter die Besonnenheit bewahren und einsehen werden, daß man durch einen Streik weder einen Toten zum Leben erwecken noch die Wahrheit über seinen Tod ermitteln oder die Bestrafung der etwa Schuldigen herbeiführen kann.

trizitätsstreik gehört aber zu diesen zweckdienlichen Mitteln nicht. Im übrigen verweisen wir auf die Ausführungen unseres heutigen Leitartikels.

Tschechoslowakei und Sanktionen.

Prag, 1. April. (WB.) In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab Minister des Auswärtigen Dr. Benes eine Erklärung ab, in der er zunächst eine Interpellation über angebliche Geheimverträge der tschechoslowakischen Republik dahin beantwortete, daß er bisher der Öffentlichkeit immer alle Verbindlichkeiten mitgeteilt habe, die sich aus irgendwelchen Vereinbarungen ergeben, und daß die Regierung immer verfassungsmäßig vorgehe. In der Angelegenheit der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland, erklärte der Minister, daß die Entente die tschechoslowakische Regierung von den Zollmaßnahmen in Kenntnis gesetzt und bei ihr angefragt habe, welchen Standpunkt die tschechoslowakische Regierung einnehmen werde. Mit Rücksicht darauf, daß die Anfrage in manchen Punkten ergänzt werden müsse, habe der Minister des Auswärtigen zunächst um eine Ergänzung bei der Entente nachgesucht, damit die Regierung die politische, wirtschaftliche und kulturelle Seite der Angelegenheit prüfen könne.

Warschau, 1. April. (DL.) Wie die Blätter melden, ist die polnische Regierung von Paris als ausgesprochener Gegner der Sanktionen gegenüber Deutschland zu beteiligen, insbesondere einen 50-prozentigen Zoll auf die Einfuhr aus Deutschland zu legen.

Das Mindestprogramm der C.G.T.

Paris, 1. April. (WB.) Der Allgemeine Arbeiterverband (CGT) hat an die Arbeiterorganisationen einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, entsprechend den im Februar gefassten Beschlüssen würden die Arbeiter aufgefordert, die Verwirklichung des aufgestellten Mindestprogramms zu verlangen, das folgende Punkte umfasse: Recht des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses für alle Arbeiter und Beamte, soziale Versicherung, Nationalisierung der Industrie und Kontrolle der Arbeiterschaft über die Wiederherstellung der verwahrlosten Gebiete entsprechend den von der CGT aufgestellten Richtlinien. Der 1. Mai werde gleichfalls eine Antwort auf die törichte Verurteilung der CGT, einen bedeutungsvollen Protest gegen die reaktionäre Politik und alle gegen die Freiheit gerichteten Attentate des nationalen Blochs darstellen. Er werde die Tatsache in Erinnerung bringen, daß noch keine Amnestie erfolgt sei, und werde die Polizei der Gewalttätigkeit und der Drohung, die auf der Welt lastet, an den Dranger stellen. Die Arbeiter Frankreichs würden erklären, daß sie die Zusammenarbeit der Blätter am Werke des für den Frieden notwendigen Wiederaufbaus verlangen.

Recht, nicht Rache!

Zu den zahlreichen Todesopfern, die der gewissenlose Putschversuch der Kommunisten forderte, hat sich nun auch der Führer des kommunistisch gestimmten Teils der städtischen Elektrizitätsarbeiter Sylt gesellt. Ein starker Verdacht spricht dafür, daß sein Tod herbeigeführt worden durch eine jener Ausschreitungen, die sich bei der Abwehr kommunistischer Gewaltbewegungen leider noch nie haben vermeiden lassen, deren Ausmerzung trotz des guten Willens leitender Persönlichkeiten noch nicht gelungen ist und bei deren Verfolgung die Justiz bisher verfaßt hat. Alle besonnenen Elemente der Bevölkerung, einschließlich der erdrückenden Mehrheit der Arbeiterschaft, billigen es, wenn den zahlreichen Verbrechen gegen Leben und öffentliche Sicherheit, die in den letzten Tagen wiederum begangen wurden, mit Energie begegnet wird, aber niemand kann es gutheißen, wenn vereinzelte untergeordnete Organe sich zu Herren über Leben und Tod der ihnen anvertrauten Gefangenen machen und in höfwilliger oder leichtfertiger Weise Menschenleben vernichten, über deren Wert zu urteilen sie nicht berufen sind.

Solche Ausschreitungen schädigen auch nicht den kommunistischen Putschismus, sondern sie liefern ihm nur Wasser auf seine Mühle. Wenn es gelingt, den Fall Sylt restlos aufzuklären und den etwa Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, so wird das wesentlich zur Beruhigung jener breiten Volksschichten beitragen, die gegen jede Verletzung des Gesetzes durch Träger der Staatsgewalt mit Recht äußerst empfindlich sind. Sie wollen, und darin sind wir uns mit ihnen durchaus einig, Recht und keinen weißen Terror.

In der Elektrikerversammlung von gestern Abend hat ein kommunistischer Redner erklärt, durch eine Koliz im „Vorwärts“ sei „die Hehe gegen Sylt vorbereitet“ worden. Das ist die altbekannte Methode, durch die sich die Kommunisten unbedingten Schutz gegen alle öffentliche Kritik ihres gewissenlosen Treibens zu verschaffen suchen. Der „Vorwärts“ kann und wird nicht darauf verzichten, Personen, die im öffentlichen Leben eine unheilvolle Rolle spielen, nach Gebühr zu beurteilen. Er hat auch heute nichts von seinem Urteil zurückzunehmen, daß die Tätigkeit der Leute vom Schlage Sylts kein Glück, sondern eine Gefahr für die Arbeiterbewegung ist.

Weil wir die Methode Sylt stets bekämpft haben, wenden wir uns auch mit aller Entschiedenheit gegen die Versuch, den Fall Sylt zu einer Wiederaufpeitschung der kläglich mahligenen kommunistischen Bewegung auszunutzen. Nichts kann dabei herauskommen, als eine neue Schädigung der Arbeiterschaft und neue Opfer. Es ist wahrlich schon genug und Übergang getan worden, um die Sache der Arbeiter zu schwächen und die der Reaktion zu stärken — eine radikale Umkehr auf den betretenen Wegen ist dringend notwendig. Nur durch ruhiges und wohlüberlegtes Vorgehen kann es gelingen, die furchtbaren Schädigungen, die der neueste Kommunistenputsch der Arbeiterfrage zugefügt hat, einigermaßen einzudämmen und einen starken Gegenanschlag des politischen Pendels nach rechts zu verhindern.

Es sind sinnlose, schwere Verbrechen gegen das menschliche Leben begangen, gemeine Straftaten gegen das Eigentum verübt worden. Es kann nicht die Aufgabe der Arbeiterschaft sein, Dynamitattentäter und Blünderer vor den gefehlichen Folgen ihres Tuns zu schützen. Was aber mit aller Entschiedenheit bekämpft werden muß, das sind Ausschreitungen, Willkürakte, Grausamkeiten bei der Niederwerfung der in der Hauptsache längst erledigten Bewegung, das ist vor allem die Gefahr einer summarischen Rachejustiz, die das Rechtsgefühl nicht befriedigt, sondern verletzt, die nicht beruhigend wirkt, sondern nur neues Öl ins Feuer gießt. Daß diese Gefahr mit der Einrichtung der Sondergerichte verbunden ist, wird sich nicht bestreiten lassen.

Die Einrichtung der Sondergerichte entspringt zunächst der technischen Ermägung, daß eine solche Flut von Straftaten, wie sie in der letzten Zeit wieder hereingebrochen ist, von den ordentlichen Gerichten gar nicht bewältigt werden kann und daß eine Verschleppung der Verfahren auch nicht im Interesse der Angeklagten selbst liegt. Das nicht zu überwindende Bedenken gegen sie besteht aber darin, daß die Angeklagten durch sie so gut wie aller Rechte mittel der Verteidigung verlustig gehen, so daß nicht wieder gutzumachende Fehler nicht zu vermeiden sind. Es muß ein Weg gefunden werden, der die rasche Erledigung der schwebenden Strafverfahren ermöglicht, ohne die Angeklagten der Rechtsmittel, die ihnen die Strafprozeßordnung zubilligt, zu berauben.

Dabei mitzuwirken wird die Sozialdemokratische Partei gern bereit sein. Zurückgewiesen werden muß es aber, wenn aus parteipolitischen Gründen für alle Härten, die bei der Abwehr des kommunistischen Gewaltstreiks mitunterlaufen, im Amt befindliche Mitglieder unserer Partei verantwortlich gemacht werden. Immer wieder nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Putsche fällt unserer Partei die verzweifelt schwere Aufgabe zu, ein Sichüberbieten der Bewegung in ein reaktionäres Gewaltregiment zu verhindern,

und dabei fehlt es niemals an Leuten, die bereit sind, auch schon jede berechnete und notwendige Abwehr gewalttätiger Angriffe ohne weiteres für „weißen Terror“ zu erklären. Zum Schluss werden dann die im Amte befindlichen Sozialdemokraten als „Arbeitervertreter“ und „Blutbunde“ hingestellt, bloß weil sie ihrer Pflicht, die Allgemeinheit vor verbrecherischen Anschlägen einer kleinen Minderheit zu schützen, nicht untreu geworden sind.

In früheren Zeiten sind gewisse Teile der Arbeiterschaft auf solche Manöver immer wieder hineingefallen. Heute wird für manche von ihnen vielleicht der Name Lipinski genügen, um sie zu genaueren Nachdenken zu veranlassen: auch der sächsische Minister des Innern, der ein Unabgängiger ist, hat heute dieselben Pflichten zu erfüllen wie die beamteten „Rechtssozialisten“, und ein Unterschied zwischen seiner Amtsführung und der ihren ist nicht wahrzunehmen. Will die Arbeiterschaft an der politischen Macht teilhaben und dadurch ihren weiteren Aufstieg vorbereiten, statt der Reaktion die Macht zu lassen, dann muß sie auch bereit sein, durch ihre in öffentliche Ämter entsandten Vertrauensmänner die Ordnung zu schützen und das Verbrechen zu bekämpfen — auch dann, wenn es sich in ein scheinrevolutionäres Mäntelchen hüllt.

Diese Erkenntnis dringt heute in den Massen der Arbeiterschaft unwiderstehlich vor und jeder Verlust, neue Verwirrung und Verhegung zu schaffen, wird an ihr scheitern.

## Die Aufgaben der Sondergerichte.

Im „Reichsanzeiger“ wird heute die Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung außerordentlicher Gerichte zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung) veröffentlicht. Die Verordnung umfaßt 22 Paragraphen, ist vom Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet und vom Reichsjustizminister Dr. Heinze gegenzeichnet.

Die außerordentlichen Gerichte treten in Bezirken zusammen, in denen die Wiederherstellung der Ordnung einem Regierungskommissar oder einem Militärbefehlshaber übertragen ist, ferner in Gegenden, in denen der Ausnahmezustand nicht verhängt ist, in denen jedoch bestimmte strafbare Handlungen (siehe unten) verübt worden sind. Das außerordentliche Gericht besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern; die Vertreter der Anklagebehörde werden durch den Präsidenten des Landgerichts, in dessen Bezirk das Gericht seinen Sitz hat, aus zum Richteramt befähigten Personen berufen. Ungenügend entschuldigtes Fernbleiben wird mit einer Ordnungstrafe bestraft. Die Kosten der außerordentlichen Gerichte trägt das Reich.

Die außerordentlichen Gerichte sind zuständig:

1. Für Verbrechen des Hoch- und Landesverrats, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Raub und Erpressung, sowie gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen (Brandstiftung, Zerstörung von Eisenbahnanlagen, Gefährdung von Telegrapheneinrichtungen usw.).

2. Für die Verbrechen und Vergehen der §§ 211—215 des StGB. (Mord, Totschlag usw.).

3. Für die Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884.

4. Für die Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920, soweit die Tat nach dem 10. März 1921 begangen oder fortgesetzt worden ist.

Fälle, deren schnelle Erledigung keine Bedeutung hat oder undurchführbar ist, sind im ordentlichen Verfahren zu erledigen.

Die Vernehmung eines Festgenommenen durch den Vorsitzenden des außerordentlichen Gerichts hat spätestens am Tage nach seiner Vorführung zu erfolgen. Wird die Festnahme für nicht gerechtfertigt gehalten, so ist Freilassung anzuordnen; andernfalls ergibt ein Haftbefehl. Gegen den vom Amtsrichter erlassenen Haftbefehl findet eine Beschwerde nicht statt. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden

des außerordentlichen Gerichts über den Erlaß eines Haftbefehls und die Fortdauer der Haft ist die Beschwerde zulässig; hierüber entscheidet das außerordentliche Gericht endgültig.

Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt. Der Vorsitzende des außerordentlichen Gerichts ordnet, wenn er keine Bedenken hat, auf Antrag der Anklagebehörde die Hauptverhandlung an. Andernfalls bedarf es eines Gerichtsbeschlusses. Von einer schriftlichen Anklage kann abgesehen werden. In diesem Falle hat der Vertreter der Anklage in der Hauptverhandlung in Anwesenheit des Beschuldigten die diesem zur Last gelegten Tatsachen vorzutragen.

Gegen die Entscheidung des außerordentlichen Gerichts ist kein Rechtsmittel zulässig. Ueber Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens entscheidet das im ordentlichen Verfahren zuständige Gericht. Die Wiederaufnahme zugunsten des Beurteilten findet auch dann statt, wenn Tatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren nachzuprüfen.

Die Strafvollstreckung erfolgt durch die Anklagebehörde. Die Todesstrafe wird auf Ersuchen der Anklagebehörde von der Militärbehörde durch Erschießen vollstreckt. Die Vollstreckung ist erst dann zulässig, wenn die Entscheidung des Reichspräsidenten ergangen ist, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch machen zu wollen. Die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte endet mit der Aufhebung dieser Verordnung. Schon vorher kann ein außerordentliches Gericht durch Anordnung des Reichsjustizministers aufgehoben werden; sodann ist in den anhängigen Sachen das ordentliche Verfahren einzuleiten. Die Verordnung tritt mit dem 29. März 1921 in Kraft, gleichzeitig hiermit endet die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920.

## Öel ins Feuer.

Die „Kreuz-Zeitung“ bekommt es fertig, im Anschluß an ein Gebicht, das in krassen Farben das Elend der Proletarier schildert, folgendes zu schreiben:

Und dabei leben wir in einer Zeit, wo die großstädtischen Mülltücher höheres Einkommen haben als gar mancher Universitätsprofessor, wo die Schauerfrauen in den Krankenhäusern besser gestellt sind als die Ärzte, wo sich unterernährte Bürgerkinder glücklicher schmecken, wenn sie an der Wohlthat der Quaderstellung teilnehmen dürfen, und mit Reid sehen, wie Proletarierkinder in Süßigkeiten schmelzen!

Offenbar ist die „Kreuz-Zeitung“ der — von ihrem Standpunkt la begehrlichen — Ansicht, daß sich die kommunistische Aufwühlbewegung in Berlin nicht stark genug verbreite und daß sie daher etwas Dampf dahinter machen müsse. Was alle kommunistische Hege nicht erreicht, das dürften die „in Süßigkeiten schmelzenden Proletarierkinder“ der „Kreuz-Zeitung“ bewirken: durch solch infamen Hohn das Blut der Arbeiter zum Kochen zu bringen. Man muß dem Junkerblut allerdings zugute halten, daß sein Hauptlebensmittel, jene Rittergutsbesitzerfamilie, die seit 1914 auch nicht einen Tag Kuchen und Sahne zum Kaffee anbehalten mußte, von dem durch die Agrarier erzeugten Kinderelend in Berlin nur eine sehr bloße Vorstellung hat. Denn wenn die Junker nach Berlin kommen, so pflegen sie ihre soziale Beobachtungsfähigkeit nicht über den Rahmen der Friedrichstraße auszu dehnen.

## Reaktionäre Hoffnungen.

### Die Heuchelei der Deutschen Volkspartei.

Zur vertraulichen Information versendet der „Deutsche Zeitungsdienst“ der Deutschen Volkspartei Mitteilungen, die einen guten Einblick in die Gedankenwelt der Mächte-gern-Regierungspartei gewähren. Ueber die kommunistische Bewegung wird gesagt, daß die Reichsregierung mit der Verhängung des Ausnahmezustandes in Aktion getreten sei. Hieraus werde sich ihr Vorgehen nicht beschränken, sondern es werde auch die erforderliche mili-

tärische Aktion folgen, ohne die im Ronsachischen Gebiete Ordnung nicht zu schaffen sei. Die Reichsregierung habe die feste Absicht, ihrerseits mit aller Energie vorzugehen und hoffe in ein bis zwei Wochen die Beruhigung vollständig wieder herbeigeführt zu haben. Nachdem so die von der Deutschen Volkspartei insizierte Reichsregierung genügend geehrt ist, heißt es von dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hering, er habe sich die Bewegung über den Kopf wachsen lassen und vermöge mit der Sicherheitspolizei der Bewegung nicht mehr Herr zu werden. Trotzdem über schreibt der offenbar aus der Reichsregierung informierte Berichterstatter, daß eine wirklich drohende Gefahr nicht bestehe! Wozu dann das Militär? Wie kann eine Bewegung über den Kopf wachsen, wenn die Bewegung sich auf eine verhältnismäßig geringe Zahl kommunistischer Agitatoren beschränkt, die einen Teil der Massen verhebt haben? Das ist die vergessene Agitation der Deutschen Volkspartei gegen die preußische demokratisch-sozialistische Regierung, der um jeden Preis Unfähigkeit vorgeworfen werden soll. Es ist dies die ausdringliche Andeutung volksparteilicher Mitwirkung an der Regierung.

Das geht besonders aus den weiteren Mitteilungen hervor, die wir im Wortlaut wiedergeben, weil sie die Beweggründe des Antrages auf Einberufung des Landtages zum 30. März, die abgelehnt werden ist, offenbaren. Es heißt dort:

Von dem kommunistischen Aufruhr kann man eine beschleunigende Wirkung auf die preußische Regierungsbildung erwarten. Der gegenwärtig interimistische Zustand der preußischen Regierungsverhältnisse hat zweifellos den Kommunisten in Mitteldeutschland mehr Spielraum und Bewegungsfreiheit gegeben, als sie bei dem Vorhandensein einer festen preußischen Regierungsgewalt gehabt hätten. Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf beschleunigte Einberufung des preußischen Landtages hat denn auch eine Beschleunigung der preußischen Regierungsbildung zum Ziel. Das Zentrum hat in der letzten Zeit, namentlich auch gelegentlich der Tagung seines Reichstages, zu erkennen gegeben, daß es die preußische Regierung nicht ohne Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bilden will. Es scheint sich nunmehr auch zu einem tatsächlichen Vorgehen entschlossen zu haben, das eine rasche Klärung der Lage herbeiführen muß. Danach soll an die Deutsche Volkspartei, an die Demokratische Partei und an die Sozialdemokratische Partei die Anfrage gerichtet werden, ob sie zu einer gemeinschaftlichen Regierungsbildung bereit seien. Eine Verneinung dieser Fragen würde bedeuten, daß sich die betreffende Partei, die kein sagt, selbst ausschließt und daß dann die übrigen verbleibenden Parteien die Regierungsbildung ihrerseits in Angriff nehmen. Auf diese Weise müßte binnen kurzem ein positives Ergebnis zu erreichen sein. Ueber die Haltung der Sozialdemokratischen Partei wohl Sicherheit. Es sind in der letzten Zeit Verhandlungsbereitschaften zwischen ihr und den Unabhängigen (?) geführt worden, so daß die preußischen Sozialdemokraten wohl sicher bei ihrem Nein bleiben werden. Könnte man der Haltung des Zentrums ebenso gewiß sein, so wäre die künftige Regierungsbildung in Preußen mit einiger Sicherheit vorauszusagen. Es wird sich aber empfehlen, mit dem einseitigen Urteil zurück zu halten, bis das Zentrum wirklich das entscheidende Wort gesprochen hat.

Danach war also nicht die Bepfändung der kommunistischen Unruhen die Triebfeder des Antrages, sondern die Absicht, unter dem Druck der Unruhen zu einer Regierung ohne Sozialdemokraten zu kommen. Da die Deutsche Volkspartei bei einer Anfrage an die Sozialdemokratie sich einen Korb holen wird, spannt sie jetzt das Zentrum vor ihren Wagen. Sie scheint sich schon auf das Nein der Sozialdemokraten zu freuen, um zu einer „festen preußischen Regierungsgewalt“ zu kommen.

Ob das Zentrum bereit sein wird, das im Interesse der Deutschen Volkspartei liegende „tatsächliche Vorgehen“ zu versuchen, entzieht sich unserer Kenntnis. Beweisen würde es nur, daß die Deutsche Volkspartei kein Mittel unversucht läßt, um auf graden oder krummen Wegen an die Regierung zu kommen. Für die Partei der Wohlstandsliebe ein reizender Beweis politischen Antiziganentums.

Die griechische Offensive in Kleinasien hat begonnen. England erklärt sich neutral und hat einen General aus dem griechischen Heer abberufen. Die Offensive richtet sich gegen die Zugelände, die der Entente an Romel.

## Mandelblüte an der Haardt.

Aus dem hübschen alten Pfälzerstädtchen Oggersheim saut der elektrische Wagenzug in die besonnte saite Ebene hinein. Auserhalb des Stadtgartens wachsen aus den Keder- und Gartenstreifen neue neblige Eigenheime empor, die mit viel Mut trotz aller erhöhten Baukosten aufgeführt werden und schon eine stattliche Kolonie bilden. Trauliche Heimstätten sind es, mit Altanen, Bänken und viel Sonne. Fruchtbarkeit und Wohlstand zeigt der ganze Landschaft. Bald senkt sich die Ebene, je näher die Haardtsteile rückt, und das Weinland tut seine Porten weit auf. Am Fuß des Haardtlandes blühen die Mandelbäume und leuchten weißbesneit aus dem erdbraunen Löss der Weingärten. Schneelig bestäubte Blütenzweige nicken über alte Haus- und Schuppendächer und legen um die ärmlichste Hütte einen reichen Rahmen. In jedem Vorgärtchen möchte man Aufenthalt nehmen, wo unter dem Mandelweiz der erste Goldfisch düstet, und Primel, Bellisen, Margeriten den Frühling einläuten.

Sonne liegt über der vorderpfälzischen Landschaft, Weinsfeld grenzt an Weinsfeld. Straußwirtschaften sind ein alter Landesbrauch. Jeder Winzer darf ohne Wirtschaftsbetrieb in eigener Stube eigenes Gewächs ausbilden, was er kenntlich macht durch einen Strauß auf seines Hauses Dache.

Besteckte alte Weindöcker weiß ich in der Dürkheimer Gegend. Sie gleichen sich anfallend untereinander. Ueber alle weißgestaltete Hauswände und Kelleranlagen spannt sich der Weinstock. Vor dem Dorfe hat sich meist der neue Reichtum breitgemacht. Die Wäden sind vielfach geschlossen, ihre Besitzer weilen noch in der Stadt, und der Frühling blüht einsam in den Gärten. Inmitten der Häuserreihen stehen fast unauffällig angelehnte Weingutshäuser. Das Herorstechendste an ihnen sind die weiten, freundlich geschwungenen Hofställe, die fest geschlossen sind. Hin und wieder deutet ein Wappen, ein stimmungsvolles Zeichen auf den Erwerbzweig seiner Bewohner.

In der Rheinebene, nahe der Haardt, versteckt sich der Obil- und Weinort Freinsheim. Ein schärflicher Flecken, der einst Stadt hieß. Bergessen von der übrigen Welt. Durch hochgewölbte Stadttore, unter denen hohl der Schritt widerhallt, in Jahrhunderten geschmälzt, in Kampf, Not und Zeiten abgenagt, abgebröckelt, wird das Stadttinnere betreten. Eine gut erhaltene feste Stadtmauer mit Wachtürmen umgibt noch heute das Herz des Fleckens. Kirchturm und Mandelbäume blühen bis an die dunklen Stadtmauern heran. Am Stadtgraben leben die Reste alten frommen Glaubens um dem wundertätigen Brunnen, zu dem Gebrechliche und Sieche aus dem weiten Umkreise pilgern. Schatten, Dampfbild, Feudigkeit und abschiednehmendes Alter auf den spärlich schmalen Straßen und Gäßchen. Kein Gartenstück, selten ein kümmerlicher Hof-

winkel, gehdet diesen alten Stadthäusern. Wenigstlich, um den Kreis der Stadtmauer nicht zu weiten, ist mit jeder Fußbreite Boden gezeigt worden. Geizig eng ist der Marktplatz, um den sich Rathaus, Kirche und Honoratiorenhäuser drängen und schieben. Und ist bei allem doch ein reizvoller Winkel, der zu dem Altersfreund, Wasser und Dichter spricht. Etwas Schilddürgertum mag in den mittelalterlichen Freinsheimern gesteckt haben, die sich in die Raumecke ein Gemeindegewölbe schufen, so raumerschlingend mit einem breiten offenen Treppenaufgang, der nach am liebsten von der Kirche ein Stück weggenommen hätte. Renaissance, Rokoko, Barock streifen sich an den Giebeln, Lüken und Fenstern der einstigen Häuschen, so daß es einem modernen Architekten gar wir im Kopfe werden kann. Das junge, aufstrebende Freinsheim hat sich weit vor den Stadtmauern angebauet, hat Obilgraben angelegt, läßt sich den Wein durchs Fenster wachsen, dehnt sich auf sonniger, gepflegter Scholle, die frühliche Ernte trägt.

N. Kaulig, Riedel.

B. J. H. Cuypers, hollands ältester Architekt und einer der angesehensten Baukünstler Europas, ist, wie die „Bauwelt“ meldet, im Alter von 94 Jahren gestorben. Cuypers ist am 16. Mai 1827 in Roermond geboren, studierte zunächst die klassische Baukunst, empfand aber dann, daß den nordischen Völkern eine andere Auffassung von Natur eigen ist und wandte sich der mittelalterlichen Kunst zu. Berühmt ist Cuypers neben Viollet-le-Duc, Schmidt, Norbert Schall. In seiner Heimat baute Cuypers das Reichsmuseum und den Bahnhof in Amsterdam und vieles andere. In Deutschland ist wohl seine romanische Kuppel über der Aierung des Mainzer Doms (1875) sein bekanntestes Werk. Cuypers Bauten sind nicht „modern“, im Sinne einer vergangenen Kunst entworfen, aber etwas anderes war seinerzeit unmöglich, und Cuypers Verdienst besteht ganz wesentlich darin, an der Entwurzelung der klassizistisch-renaissancistischen Kunstanschauung mitgearbeitet und der nordischen Kunst den Weg bereitet zu haben. Im Sinne seiner Zeit gehören Cuypers Bauten zu den besten. Er war von außerordentlicher Arbeitskraft, hoher künstlerischer Begabung und ein vornehmer Mensch.

Die Reform des medizinischen Studiums. Die Reichsregierung leitet die Neuordnung des medizinischen Studiums mit einer Gründlichkeit ein, die in den hochkreisen Konfliktkreisen und Befürchtungen verursacht. Nachdem schon alle möglichen Vertretergruppen gutachtlich gehört worden sind, hat die Regierung jetzt einen ausführlichen Fragebogen an die Landesregierungen, die Fakultäten, den Ärzteverein und um. versenden lassen, um im wesentlichen von demselben, schon in den einzelnen Gruppen vertretenen Männern nochmals Auskünfte für die Vorbereitung der Verhandlungen der Kommission einzuholen, die der deutsche Arzttag beantragt hat. Von den Fakultäten z. B. beantwortet jede für sich den Fragebogen, außerdem eine besonders viergliedrige Kommission, endlich arbeiten vier preussische Fakultäten im Namen der übrigen Fakultäten einen genauen Studienplan für den Minister aus. Die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ betont daher die Schwierigkeit des Vorstubs,

aus der ungeheuerlichen Zahl von Meinungsäußerungen einen geschlossenen und einheitlichen Reformplan zu gewinnen. Es mühte denn sein, daß die Reichsregierung doch nur die Vorschläge herausgreifen will, die mit ihren eigenen Ansichten übereinstimmen. Jedenfalls ist schon jetzt die einheitliche Zusammenfassung der Wünsche der Fakultäten und Ärzte nicht mehr zu erreichen. Die Regierung sollte mit den Vorbereitungen endlich Schluss machen und die Reform selbst beginnen.

„Alba“ in der Staatsoper. Frau Onegin sang die Amneris in der „Alba“. Stand sie auf der Bühne, so war Feuer und süßlich pulsierendes Leben, war Charakter aus einer typifizierten Figur geschaffen. Wie singt diese Frau, wie groß und mollig ist der Ton und wie edel seine Farbe. Sie hat ihr Instrument bis in das letzte Abzweigen, bis zum stärksten Crescendo und zur endlosen Fernnote völlig in der Gewalt, und die Mieskraft ihres Organs bleibt dennoch stets kultiviert und gezähmt. Eine Pharaonentochter, solange sie Atoasin ist, ein Mensch leidend, bettelnd, verzweifelt, als er seine Liebe verfehlt sieht. Aber nicht Amneris heißt das Verhängnis Weisterfeld, das da mit großer Verbeugung von dem Tristan-Komponisten 1869 für den ägyptischen Reinen geschaffen wurde, sondern Alba, das will heißen: neben der Amneris-Tragödie geht die Tragedie einer äthiopischen Gefangenen einher, der Alba, die Kadames heißt, die ihn in vaterländischer Not zum Verräter macht und dem Tode ausliefert. Alba, die sich mit ihrem Geliebten lebendig begraben läßt. Dieser wichtige Teil der Oper war kaum angedeutet erträglich. Gewiß, neben der Onegin ist jede Rivalein geschaffen, und sei es auf Kosten des gesamten Opernhalts. Aber eine weniger Leine, schlüssig, unbedeckte Stimme als die von Frauen Marcella Kästler hätte es doch auch in Berlin gegeben und Richter kommt beim besten Willen aus der Enge seines merkwürdigen transpontanen Tenors nicht heraus. Schlussus reihe das Niveau der Berliner Oper und ebenso die Kapelle, die unter Bell sehr statt spielte. A. S.

Frankreichs „junge Männer“. Ist ein sechsjähriges Kind ein junger Mann? Diese Frage ist in Frankreich durch ein Gesetz angeworfen worden, das die körperliche Ausbildung zwingungsweise für die Jugend beiderlei Geschlechts fordert. Der § 1 des Artikels 1 dieses Gesetzes verlangt, daß Körperübung durchgeführt wird für alle jungen Männer im Alter von 6 Jahren bis zu der Zeit ihres Eintritts in die Armee!

Am Ständner-Zaal findet am Donnerstag, den 7. April, Abend 7½ Uhr ein Symphonie-Konzert des Bühnen-Orchesters unter Leitung von Camillo Schiedel statt.

Etta Hedera best am Freitag 1/8 Uhr im Sölling-Museum, Söllerstraße 13, aus eigenen Dichtungen. Karten zu der Abendkasse.

Am Gröblichen Kabinett, Rindfleischmarkt 202, spricht am Mittwoch, den 6. April, Dr. Boehm Kirchner über romanische Maler als Dichter. Am Donnerstag, den 7. April, hält Prof. Dr. Pilsch einen Vortrag mit Lichtbildern: „Theatralische und zwei Volkstänzen“.

„Das Privileg“ Otto Ernst Besied, die Komödie des Kellners, Heaters, ist als Komödie in neun Akten „ungefähr im Verlage von Hoffmann und Campe erschienen. Im gleichen Verlage erschien auch Paul J. Sch. Bühnenpiel, „Verbräderung“.



Soeben eröffnet!

# Gross-detail Schuh-Lokal

## Behrndt

Münzstraße 25  
Untergrundb. Alexanderplatz

Münzstraße 25  
Untergrundb. Alexanderplatz

115<sup>00</sup>

Allerliebste Form  
Chevreau, mit ameri-  
kanischem Absatz



Das soeben eröffnete Großdetail-Schuhgeschäft hat die Aufgabe, der Berliner Bevölkerung gute Schuhe zu billigen Preisen zu beschaffen. Wir bringen so unerhört billige Preise, daß nicht nur jeder Laie, sondern sogar jeder Sachkenner staunen muß. Alles hier aufzuführen, ist unmöglich. Kommen Sie zu uns, Sie brauchen nicht zu kaufen, Sie sollen nur unsere Ware und unsere Preise besichtigen, das genügt uns, dann müssen Sie unser Kunde werden. — Sehen Sie sich unsere sieben Schaufenster an.

Infolge des übergroßen Andranges mußte unser Schuh-Lokal fast die ganzen Tage vor Ostern polizeilich abgesperrt werden und die Läger waren z. T. ausverkauft. Jetzt sind die Läger wieder angefüllt, sodaß jeder bei der kolossalen Auswahl wieder bedient werden kann. — Sehen Sie sich unsere sieben Schaufenster an.



- Braun Echt Chevreau  
feinfelnes Fabrikat . . . . . 185<sup>00</sup>  
braun, echt Chev. gewöhnl. Spange 145<sup>00</sup>
- Schnürschuhe  
Chromleder, modern, kurze Form . . . . . 75<sup>00</sup>
- Braune Kallleder Halbschuhe, auch Ha 98<sup>50</sup>
- Braun, echt Chevreau allerliebste Form . 165<sup>00</sup>

- Lack mit und ohne Spange sowie zum Schnüren und der neue Gummizugschuh  
Allerliebste Sachen 145<sup>00</sup>
- Lack-Schnürschuhs mit feinfarbig. Ledereinsatz, moderne kurze Form . . . . . 95<sup>00</sup>
- Lack-Schnürschuhs ganz a. Lackled., mod. kurz. Form 165<sup>00</sup>
- Lein.-Spangen-Schuhs, in Fabrikat . . 39<sup>50</sup>



Kinderstiefel		
14-20	19 <sup>50</sup>	25-30
21-26	28 <sup>50</sup>	31-36
	39.00	45.50
Braunes Naturleder besonders kräftig 27-30 . . . . . 45 <sup>00</sup>		
Braune und feinfarbige Kinderstiefel und Halbschuhe entzückende Sachen, billig		

- 68<sup>50</sup> Hochschaft mit Lackkappe imit. Chev. amerikan. Absatz Größe 38-41
- Echt Chev. 115<sup>00</sup> Hochschaft m. mod. Lackfüßelkappe
- Lack-Hochschoftstiefel 125<sup>00</sup> m. schw. Ledereinsatz
- Feinfelnes Hochschoftstiefel ganz kurze Form 185<sup>00</sup>
- Allerfeinste Goodyear-Welt-Sachen 195<sup>00</sup>

- 98<sup>50</sup> Ganz aus echt Rindbox mit Derby-schnitt und gerader Vorderkappe mit Lederbrandsohle
- Orig.-God.-139<sup>00</sup> Welt gutes haltbar. Leder, mod. breite Form
- Braun 185<sup>00</sup> moderne, breite Form, mit Lederbrandsohle
- Braun 198<sup>50</sup> moderne kurze Form
- Orig.-God.-175<sup>00</sup> Welt mit Doppelsohle, besonders preiswert
- Feiner Robchevreau mit Lackkappe 145<sup>00</sup> Echt Rindbox 125<sup>00</sup>
- Lackstiefel und Lack-Halbschuhe 175<sup>00</sup> moderne Form . . .
- Orig.-Gody.-Welt sehr gutes Fabrikat Auf Rand genäht! 168<sup>00</sup>

**Von unten an!**  
Ein neues Buch der Freiheit  
Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich  
Mit dieser umfassenden Sammlung sozialer Dichtungen winkt dem Proletariat die Freude am Leben u. Kraft u. Aufschwung. Ein historisches Andachtsbuch für den Sozialisten, das auch jeder Vortragende bei Versammlungen benutzen sollte.  
Schön in Halbleinen gebunden 25.— DM. und Rezensionsschlag.  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin 52. 63. Lindenstr. 2

**Kaufe**  
laufend Cellulose - Dynamo und Wasserabdrücke, sowie Jalousiematerial, Elektromechanik Zentrum  
Gröner, Berlin, Anhalterstr. 15  
Wilmersdorf 4782.

**Arbeitskleidung Hosen**  
von 45.— bis 225.— M.  
Hemden, Unterhosen, Socken  
**Berufskleidung**  
Gute Ware! Billigste Preise!  
Garh. Kohnen  
Neukölln, Hermannstr. 76/77

**Alte Hüte**  
Damenhüte und andere Transportgeräte liefert billigst ab Vagner Wagner, Köpenicker Straße 71. 123R\*

**Tüchtiges Personal aller Berufe**  
erhalten Sie sofort auf ein Inserat im „Vorwärts“. Er ist infolge seiner außerordentlichen Verbreitung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten das gegebene Blatt für Arbeitsmarkt-Anzeigen.

**Jung hübsch und schick**  
sind Sie in einem Hut aus  
**Ecksteins Hutfabrik**  
Invalidenstr. 35, Ecke Chausseestr., 1 Treppe.  
Elegante Modelle, Hutformen, Schleier, Borten sowie edelt. Zutaten.  
Hüte werden nach neuesten Formen in bekanntester Ausführung umgepreßt.

**Ruhebetten!**  
Gute Verarbeitung  
Rein Papierbezug  
Gierdt, Neukölln,  
Nugensgrabenstr. 2,  
Teleph. 1 Neukölln 1308.

**Gewaltiger Preisabbau!**  
Durch Kauf großer Vorräte  
**Möbel**  
aus erstklassigen Fabrikten  
**Spelzstimmer** 2970 an  
kompl. von 21.  
**Schlafzimmer** eiche, kompl. mit sehr warmen von 21. 3750 an  
**Herrenzimmer** eichen, 1,50 m ge. Stuhl, kompl., von 21. 4700 an  
**Rüden** modern, in allen Größen, von 21. 420 an  
**Neugebauer**  
Charlottenburg  
Wilmersdorfer Str. 126, 1  
4. Etz. Schillerstr. Rein Eichen.

Bitte, sofort bestellen!  
**Der Wahre Jacob**  
Einzig, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Erscheint alle vierzehn Tage  
Preis der Nummer 60 Pf.  
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Ausstellern

**Ihre Damen- und Herrenhüte**  
werden in bekannter tadelloser Ausführung nach den vornehmsten Modellen ungenüht und ungenüht. Neue Formen zu Fabrikpreisen nur in der Spezialfabrik  
**Georg Erdmann, Stroh- und Filzhutfabrik**  
Schönhäuser Allee 116  
Wilmersdorf: Reinholdsdorfer Str. 22, Neukölln, Hermannstr. 64/7

**Stoffe**  
Anzug- und Damen- Paletotstoffe, Kostüm- und Ullstoffe  
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.  
Für langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.  
Seit 1893 Tuch-Lager  
**Koch & Seeland**  
Gertraudenstr. 10-21. G. m. b. H.

**Zähne von 5 M.**  
Erstkl. Ausführung, 3 Jahre Garantie. Umarbeitung alter Gebisse, Reparaturen sofort. Goldkronen, Brücken, Zahnleihen mit Betäubung, höchst schmerzlos. Teilzahl. 9-7, Sonnt. 9-1.  
Hempel, Dentist, Lindenstraße 220, nahe Schönh. Tor. [7]